

Antrag zur Sitzung des WKÖ-Wirtschaftsparlamentes
am 26. Juni 2014 betreffend

Transatlantisches Freihandelsabkommen (TTIP/TAFTA)

Seit Juni des Vorjahres verhandeln VertreterInnen der Vereinigten Staaten von Amerika und der Europäischen Kommission ein Freihandelsabkommen (TTIP).

Dieses Abkommen zielt vor allem auf eine Angleichung von Verbraucherschutz-Standards, Lebensmittelgesetzen, Umweltschutz- und Landwirtschaftsgesetzen, Patent- und gewerblichen Schutzrechten sowie auf eine weitere Deregulierung des Finanzsektors.

Seit Verhandlungsbeginn gibt es teilweise heftige öffentlicher Kritik, und zwar sowohl wegen der fast völligen Geheimhaltung der Verhandlungsinhalte als auch wegen der völlig ungeklärten Auswirkungen, die die Übernahme von US-Standards, etwa bei der Lebensmittelqualität oder bei der Verwendung von Gentechnik in Nahrungsmitteln und in der Landwirtschaft hätten.

Besonders kritisch wird die Absicht kommentiert, dass es Unternehmen ermöglicht werden soll, vor einem internationalen Handelsschiedsgericht Umwelt-, Verbraucherschutz- oder Gentechnik-Schutzgesetze einfach wegzuklagen. Im Fall eines einschlägigen Schiedspruchs müssten die betroffenen Staaten dann entsprechende einschränkende Gesetze beseitigen, nichts dürfte die Geschäftstätigkeit der klagenden Unternehmen einschränken. Dazu kommt, dass dieses Schiedsgericht aus Wirtschaftsanwälten und nicht aus staatlichen Richtern bestehen soll, die keiner wie immer gearteten Kontrolle unterlägen und von Fall zu Fall einmal als Vertreter der Kläger, dann wieder als Beklagtenvertreter und dann wieder als Richter auftreten könnten.

Die unterzeichneten Delegierten fordern daher, dass die Verhandlungen endlich transparent und für VertreterInnen von Medien und öffentlichen Körperschaften offen einsehbar geführt werden müssen. Es geht zum Beispiel nicht, dass etwa handverlesenen Europa-Abgeordneten Einblick in die Verhandlungspapiere gewährt wird, diese sich gleichzeitig zu Stillschweigen verpflichten müssen und im Fall eines Verstoßes mit hohen Strafen bedroht werden – ein unhaltbarer Zustand für die parlamentarische Demokratie!

Zudem dürfen weder österreichische noch europäische Schutzstandards im Bereich der Gentechnik, der Lebensmittelsicherheit und des Umweltschutzes verschlechtert werden.

Wir stellen deshalb folgenden Antrag:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Öffnung und Publizität der Verhandlungen zum TAFTA/TTIP-Abkommen bei der Europäischen Kommission einzufordern, den bisherigen Schriftverkehr zwischen Europäischer Kommission und Österreich offen zu

legen und weiters keinem Abkommen im Europäischen Rat die Zustimmung zu erteilen, das zu einer Aushebelung bestehender österreichischer und europäischer Schutzstandards im Bereich der Gentechnik, der Lebensmittelsicherheit und des Umwelt- und Verbraucherschutzes führen würde.

Die österreichischen Mitglieder des Europäischen Parlaments mögen von diesem Beschluss in Kenntnis gesetzt und um eine Stellungnahme an die Wirtschaftskammer ersucht werden.

Für die Fraktion der Grünen Wirtschaft



Volker Plass



Angelika Hörmann



Josef Scheinast